

Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung

(Name/Anschrift Antragsteller/Antragstellerin¹)
Vereinsregisternummer: _____

_____, den _____

An das

Bezirksamt Eimsbüttel
Geschäftsstelle der
Bezirksversammlung

Grindelberg 66

20144 Hamburg

=====

Auskunft erteilt:

(Name des Ansprechpartners/ der Ansprechpartnerin Antragsteller/Antragstellerin)

Tel. Nr.:

Mail:

(Bankverbindung des Antragsteller/der Antragstellerin)

Kontoinhaber:

Bankverbindung:

IBAN

BIC

Betr.: Antrag auf Bewilligung einer Zuwendung

1. **Bezeichnung des Projekts**

2. **Projektbeschreibung**

Die Zuwendung soll als Projektförderung folgendem Zweck dienen²:

¹ Falls die Antragstellerin / der Antragsteller keine eigenständige juristische Person ist, bitte den Namen der übergeordneten Organisation nennen.

² Der Zweck muss eindeutig und ausführlich beschrieben werden. Allgemeine Ausdrücke wie "Forschungszwecke", "Förderung von wissenschaftlichen Arbeiten" usw. genügen nicht. Auch ist anzugeben, ob und weshalb die Durchführung der Projekte und Aufgaben ohne die Zuwendung nicht möglich oder gefährdet sein würde. Zielsetzung und Zielgruppen des Projektes sind zu benennen. Hintergrundinformationen zur Tätigkeit der Antragstellerin /des Antragstellers sind beizufügen.

3. **Ggf. Anschrift des Objektes, für das die Mittel vorgesehen sind:**

4. **Projektzeitraum**

Achtung: Begonnene Maßnahmen können nicht gefördert werden!

Ein Vorhaben gilt als begonnen, sobald dafür entsprechende Lieferungs- oder Leistungsverträge abgeschlossen sind. Der Antragsteller bestätigt, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde:

ja

4.1 **Beginn und Dauer der Arbeiten oder Aufgaben, die durch die Zuwendung gefördert werden sollen:**

a) von _____ bis _____

b) kein festgelegter Anfangszeitpunkt

4.2 **Wird der Antrag fristgerecht drei Monate vor Projektbeginn gestellt?**

ja

nein

(**Achtung:** Nicht fristgerecht eingereichte Anträge werden in der Regel abgelehnt. Bei dringlichen Anträgen sind begründete Ausnahmen möglich. Die Entscheidung darüber, ob eine Ausnahme von der Fristenforderung gestattet wird, fällt die Bezirksversammlung. Ein Anspruch besteht insoweit nicht.)

Ggf. Begründung für nicht fristgerechte Einreichung:

5. **Finanzierungsplan**

5.1 **Ausgaben**

Für die einzelnen Ausgabeposten müssen vergleichbare Kostenvoranschläge konkurrierender Unternehmen eingereicht werden³:

Auftragswert	bis	500,00€	- 1 Kostenvoranschlag
Auftragswert	bis	2.500,00€	- 2 Kostenvoranschläge
Auftragswert	über	2.500,00€	- 3 Kostenvoranschläge
Baumaßnahmen	über	12.500,00€	- Kostenschätzung nach DIN 276

³ Nicht älter als 3 Monate

Die Ausgaben für das Projekt werden wie folgt veranschlagt⁴:

Ausgabeposten	Siehe Kostenvoranschlag von	Betrag
1.		€
2.		€
3.		€
4.		€
5.		€
6.		€
Ausgaben Gesamt		€

Ggf. Erläuterungen zu Abweichungen von den jeweils günstigsten Kostenvoranschlägen:

5.2 Einnahmen

Höhe der Mittel, mit denen die oder der Antragstellende sich an der Durchführung des Projekts beteiligen will, oder von anderen Stellen Zuwendungen beantragt/erhalten hat:

Einnahmenart	Geplanter Gesamtbetrag (inkl. beantragter, noch nicht bewilligter Mittel)	Davon steht zum jetzigen Zeitpunkt bereits zur Verfügung
1. Eigene Mittel	€	€
2. Mittel von anderen staatlichen oder kommunalen Stellen		
Zuwendungsgeber 1:	€	€
Zuwendungsgeber 2:	€	€
Zuwendungsgeber 3:	€	€
3. Mittel sonstiger Dritter	€	€
4. Höhe der erwarteten Einnahmen (z. B. Teilnehmergebühren)	€	
Einnahmen Gesamt	€	€

5.3 Fehlbedarf (Differenz Ausgaben Gesamt / Einnahmen Gesamt)

Als Zuschuss wird beantragt:	€
-------------------------------------	---

⁴ Die voraussichtliche Höhe ist auch dann anzugeben, wenn sie nicht aus der beantragten Zuwendung, sondern aus eigenen Mitteln oder aus Zuwendungen anderer Stellen bestritten werden. Vorsteuerabzugsberechtigte tragen bitte die Nettobeträge (ohne Umsatzsteuer) ein.

6. **Es ist anzugeben, ob und weshalb die Durchführung der Projekte und Aufgaben ohne die Zuwendung nicht möglich oder gefährdet sein würde. Aus welchen Gründen ist die Bewilligung von Mitteln nicht bei anderen Stellen beantragt oder von einer Kreditaufnahme abgesehen worden?**

7. **Gibt es Überschneidungen mit anderen öffentlich geförderten Projekten, bei denen die oder der Antragstellende selbst oder sie oder er gemeinsam mit einem anderen öffentlich geförderten Träger die gleichen personellen und / oder sächlichen Ressourcen nutzt?**

ja nein

Wenn ja, welche Ressourcen sind das?

Welche Stellen fördern diese Projekte?

In welcher Form wird eine nachvollziehbare Kostenzuordnung vorgenommen werden?

8. **Ggf. Höhe der Zuwendungen, die der oder dem Antragstellenden für den gleichen Zweck früher gewährt worden sind:**

€

Ggf. Angabe des Zeitpunktes der Bewilligung und der bewilligenden Stelle (Falls Anträge abgelehnt wurden, ist die Begründung anzugeben):

9. **Angaben darüber, in welcher Weise die Mittel bei der oder bei dem Antragstellenden verwaltet werden, insbesondere wie die Verantwortlichkeiten geregelt sind und ob eine ausreichende Kassen- und Buchführung (welches Buchführungssystem?) vorhanden ist:**

10. **Ich/Wir erklären hiermit, dass eine Vorsteuerabzugsberechtigung nach**

§ 15 UStG besteht nicht besteht

Ich/Wir sind in voller Höhe vorsteuerabzugsberechtigt:

ja nein

Ich/Wir sind in teilweise vorsteuerabzugsberechtigt und zwar in Höhe von:

Falls vorsteuerabzugsberechtigt: Unter 5.1. (Ausgaben) sind – im zulässigen Umfang – die Netto-Beträge (ohne Umsatzsteuer) angegeben: ja

11. **Durch welche Maßnahmen wird das Projekt beworben?**12. **In welcher Form soll im Rahmen der Maßnahme auf die Förderung durch die Bezirksversammlung Eimsbüttel hingewiesen werden?**13. **Zusätzlich einzureichende Unterlagen:**

Einzureichende Unterlagen	Liegen bei?	
Ausreichende Kostenvoranschläge (bzw. Kostenschätzungen nach DIN 276) zu allen im Finanzierungsplan angegebenen Ausgabeposten (sh. Seite 2)	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>
Bei Verein als Antragsteller: Vereinsregisterauszug	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>
Bei natürlicher Person als Antragsteller: Kopie des Personalausweises	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>
Nachweise für Unterschriftsbefugnisse für das im Antrag angegebene Konto	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>
Bilanzen / Jahresabschlüsse der vergangenen 3 Jahre (oder vergleichbarere aussagekräftige Unterlagen als Bewertungsgrundlage der finanziellen Situation)	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>
Bei Baumaßnahmen: Lagepläne / Bauzeichnungen	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>
Bei Baumaßnahmen: Baubescheid/ Bestätigung über gestellten Bauantrag	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>
Anlage zum Zuwendungsantrag (sh. Seite 7)	ja <input type="checkbox"/>	nein <input type="checkbox"/>

(Achtung: Bei fehlenden Antragsunterlagen kann nicht über eine Bewilligung von Sondermitteln entschieden werden.)

Ggf. Begründung für fehlende Unterlagen:

14. Ich/Wir erkläre(n) mein/unser Einverständnis, dass die eingereichten bzw. nachgereichten Unterlagen per E-Mail an die in der Bezirksversammlung Eimsbüttel vertretenen Parteien versandt werden.

ja

nein

Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der vorstehenden Angaben.

Mir/Uns ist bekannt, dass die Erhebung personenbezogener Daten für die Bearbeitung des Zuwendungsverfahrens erforderlich ist (vgl. § 12 Absatz 1 Hamburgisches Datenschutzgesetz - HmbDSG). Es gelten die Auskunfts- und Berichtigungsrechte nach dem HmbDSG.

Mir/Uns ist ferner bekannt, dass zur Wahrnehmung parlamentarischer Aufgaben Daten der Zuwendung nach § 7 Absatz 1 Datenschutzordnung der Hamburgischen Bürgerschaft in Bürgerschaftsdrucksachen veröffentlicht werden können und dass Zuwendungsdaten aufgrund des Hamburgischen Transparenzgesetzes in elektronischer Form im Informationsregister veröffentlicht werden. Personenbezogene Daten werden bei der Bezeichnung des Zuwendungszwecks nur genannt, sofern sie nicht aus Datenschutzgründen zu anonymisieren sind. Bürgerschaftsdrucksachen werden auch im Internet veröffentlicht.

(Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers)⁴

⁴ Vertretungsberechtigt / gemeinschaftlich vertretungsberechtigt lt. Registereintrag

Anlage zum Zuwendungsantrag

Bezeichnung des Projekts:

Träger:

Erklärung

1. Die Geschäftsführung erklärt, dass das Unternehmen nicht nach der Technologie von L. Ron Hubbard geführt wird.
2. dass weder die Mitarbeiter noch die Geschäftsleitung bzw. der Vorstand nach der Technologie von L. Ron Hubbard geschult werden bzw. keine Kurse und/oder Seminare nach der Technologie von L. Ron Hubbard besuchen,
3. dass die Geschäftsleitung bzw. der Vorstand die Technologie von L. Ron Hubbard für alle projektbezogenen Tätigkeiten ablehnt.

Datum

rechtsverbindliche Unterschrift (en)